

**PRESSE-MITTEILUNG 04/04**  
**Redaktion "Politik Inland"- / 19.01.04**

**Die bundesweit agierende liberale Bürger-Initiative PROJEKT NEUE WEGE ([www.projektneuewege.de](http://www.projektneuewege.de)) legt ein Konzept zur grundlegenden Reform der Gemeinden im föderalen System Deutschland und der Gemeinde-Finzen vor (siehe Anlage) und hat Bürgermeister aus 5 Bundesländern nach deren Meinung befragt:**

**Ergebnis: Die meisten Gemeindeoberhäupter lügen offenkundig,**

.....wenn sie ihren Bürgern versichern, sie kümmern sich, oder sie seien bekümmert über die Situation der Gemeinde. In Wahrheit ist es ihnen herzlich egal, oder sie sind schlicht überfordert. Überfordert, wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, die Oberbürgermeisterin Petra Roth, Frankfurt a. Main, die vor der Komplexität des Themas kapituliert, oder eine Bürgermeisterin Trittin, Gersfeld/Röhn, die für die Beantwortung unserer Fragen (also einer Frage des Souveräns) Geld sehen will.

In Zeiten, in denen die Gemeindefinzen und leere Gemeindegassen die Hitliste der Politikthemen beherrschen, ist Gemeindeoberhäuptern jedes Mittel recht, auf die Notlage gerade ihrer Gemeinde aufmerksam zu machen. Das ist legitim und im Interesse der Einwohner der Gemeinde. Da geht man zur Demo in die Hauptstadt, organisiert sich im Gemeindetag zur Front gegen Land und Bund, plant witzige – sind sie das? – Aktionen, wie das Annageln eines leeren Stadtsäckels an das Rathausstor oder das Verhüllen der Glocken auf dem Rathausurm und, als eigentlich gar nicht mehr witzige Maßnahme streicht man den Souveränen in der Stadt Liebgewordenes und Überflüssiges, aber auch Erhaltenswertes. Und das schmerzt! Den Wähler als Verhächselten und den Bürgermeister ebenso, schließlich will er ja wieder gewählt werden.

Reformvorschläge zur Gemeinde-Reform gibt es zuhauf und quer durch die Republik. Vieles ist sogar im Grundgesetz niedergeschrieben, findet jedoch keine Anwendung oder wird nicht sachgerecht interpretiert.

Die bundesweit agierende liberale Bürger-Initiative PROJEKT NEUE WEGE ([www.projektneuewege.de](http://www.projektneuewege.de)) hat ein Konzept zur grundlegenden Reform der Gemeinden im föderalen System Deutschland und der Gemeinde-Finzen entwickelt und etwa 300 direkt gewählten Stadtoberhäuptern in den Bundesländern Saarland, Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg (dort werden die Bürgermeister von den Bürgern direkt gewählt) vorgelegt. Diese wurden gebeten, das Konzept zu kommentieren und Zustimmung oder Ablehnung zu äußern. Eine schlichte Frage also, die höchst interessante Antworten einbrachte.

**Bürgerinitiative**  
**Projekt Neue Wege e.V.**  
Postfach 1322  
86603 Donauwörth

Tel.: 0906 – 99 90 192  
Fax: 0906 – 99 90 193  
Mobil: 0172 – 76 60 317

**Internet:**  
[www.projektneuewege.de](http://www.projektneuewege.de)

**Mail:**  
[schuelke@projektneuewege.de](mailto:schuelke@projektneuewege.de)

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Donauwörth  
Kto 190053421–BLZ 72250160  
(Gemeinnützigkeit anerkannt)

**Vereinsregister:**  
Amtsgericht Nördlingen  
VR 1221

-2-

Die Auswertung dieser Umfrage macht zwei bemerkenswerte Züge erkennbar. Zum einen signifikante Unterschiede zwischen den Ländern bezüglich der Bereitschaft, etwas ändern zu wollen sowie das -in toto- grundsätzliche Desinteresse der Oberbürgermeister der Großstädte, unabhängig von der Landeszugehörigkeit.

Die **Zustimmungsraten** lagen in Rheinland-Pfalz und Hessen weit vor denen der Länder Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland. Hier die konkreten "Zustimmungsraten" für das vom PROJEKT NEUE WEGE vorgelegte Konzept zur Gemeinde-Reform: **Baden-Württemberg: 13%, Saarland:15%, Bayern: 21%, Hessen: 39%, Rheinland-Pfalz: 48% (!)**.

Selbst bei Würdigung der sehr unterschiedlichen Gemeindeverfassungen der einzelnen Länder erschreckt das Desinteresse an Lösungsvorschlägen, was den Schluß zulässt, daß offensichtlich einige Bürgermeister in völliger Unkenntnis grundgesetzlicher Regelungen arbeiten und/oder schlicht überfordert sind. Das so oft bekundete Desinteresse der Bürgermeister steht im krassen Widerspruch zu der plakativ im Internet verbreiteten Aufforderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: "Rettet die Kommunen!" Aber dessen ungeachtet verblüffte besonders, daß sich die an Veränderung desinteressierten Bürgermeister nicht einmal die Mühe machten, zur Kenntnis zu nehmen, wie PROJEKT NEUE WEGE sich die Reform der Gemeinde-Finanzierung vorstellt. Dies steht in merkwürdigen Kontrast zu den Aufführungen in Berlin."

Möglicherweise ist es einfacher, wenn man wie der „dumme“ Wähler zur Demo geht oder sich in Gaudi übt. Es könnte irgendwann aber auch sein, dass dem souveränen Wähler der Spaß an der Freud schon lange vergangen ist, und dann liegt eigentlich die Vorstellung nicht weit entfernt, dass der Souverän als Chef im Ring bei der nächsten Wahl mit dem Gaudimax ernst macht und ein Projekt für neue Wege auflegt.

Wie wäre es, wenn der so viel beschworene mündige Bürger einmal den jeweiligen Bürgermeister oder Oberbürgermeister unmittelbar befragte, welche wegweisenden Ideen ihn denn leiten, um die Gemeinde(n) nachhaltig in ihrer Existenz zu sichern oder gar nach vorne zu bringen.

Es lohnte auch die Frage, ob nicht doch ein uralter, lange vergessener und von der Politik bewußt unterschlagener Ansatz die Lösung brächte: Demokratie baut sich von unten auf! Das wußten schon die alten Griechen, viel später Herr v. Stein, als Vater der Gemeindereformen und nochmals später, vielleicht sogar unbewußt, die runden Tische nach der Wende. Diese Frage kommt leider nicht!

Hat der Souverän Angst vor der eigenen Courage, fürchtet er den Zorn des Bürgermeisters? Oder...? Siegt noch immer der deutsche Untertanengeist?

**Jörg Schülke Tel.: 0906-9990194 oder 0172-7660317**

**Bürgerinitiative  
Projekt Neue Wege e.V.**  
Postfach 1322  
86603 Donauwörth

Tel.: 0906 – 99 90 192  
Fax: 0906 – 99 90 193  
Mobil: 0172 – 76 60 317

**Internet:**  
[www.projektneuewege.de](http://www.projektneuewege.de)

**Mail:**  
[schuelke@projektneuewege.de](mailto:schuelke@projektneuewege.de)

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Donauwörth  
Kto 190053421–BLZ 72250160  
(Gemeinnützigkeit anerkannt)

**Vereinsregister:**  
Amtsgericht Nördlingen  
VR 1221

## Kurzfassung der Thesen vom PROJEKT NEUE WEGE entwickelten Thesen zur Stellung der Gemeinden

\* Ein föderales System baut sich von unten nach oben auf. Basis sind die Gemeinden, die gemeinsam das Land bilden; wie auch die Länder gemeinsam den Bund bilden. Dies ist so zu verstehen, wie sich eine Pyramide darstellt: Die Gemeinden, die Länder und der Bund. Ebenso, wie der Aufbau, begrenzen sich zur Spitze hin die Zuständigkeiten.

\* Ebenso, wie die Bürger einer Gemeinde als eigenverantwortliche und mündige Bürger begriffen werden, sind auch die Gemeinden zu eigenverantwortlichem Handeln gefordert. In diese Handlungsfreiheit darf vom Land nur sehr begrenzt eingegriffen werden. Daher haben Zwischeninstanzen, wie Landräte oder Regierungspräsidenten keine Berechtigung, soweit sie die Befugnisse der Gemeinden einschränken.

\* Die Aufgaben orientieren sich an den Bedürfnissen der Bürger. Dabei muß die Maxime gelten, daß alles, was die Bürger unmittelbar betrifft, auch dort als Dienstleistungsorganisation erbracht wird. Dabei haben vordergründig nicht politische, sondern rein funktionale Erwägungen eine Rolle zu spielen.

\* Das bedingt, daß die bisherigen Regelungen des Beamtenrechts und des öffentlichen Dienstrechts durch Regelungen ersetzt werden, die den Bürger als Kunden begreifen und nicht als Untertanen. Ferner, daß die Haushaltspolitik sowie die Rechnungslegung den Regeln und Verfahrensweisen der Wirtschaft entspricht.

\* Daraus ergibt sich zwingend, daß die Haftungsfrage für Fehlentscheidungen sowie die Insolvenzregeln denen der Wirtschaft angeglichen werden. Mit der politischen Konsequenz, die Beschlußorgane und das Parlament bis zum Abschluß des Insolvenzverfahrens die Entscheidungsbefugnisse zu entziehen.

**Bürgerinitiative**  
**Projekt Neue Wege e.V.**  
Postfach 1322  
86603 Donauwörth

Tel.: 0906 – 99 90 192  
Fax: 0906 – 99 90 193  
Mobil: 0172 – 76 60 317

**Internet:**  
[www.projektneuewege.de](http://www.projektneuewege.de)

**Mail:**  
[schuelke@projektneuewege.de](mailto:schuelke@projektneuewege.de)

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Donauwörth  
Kto 190053421–BLZ 72250160  
(Gemeinnützigkeit anerkannt)

**Vereinsregister:**  
Amtsgericht Nördlingen  
VR 1221

\* Um dies zu realisieren, muß die Erschließung der Steuerquellen völlig umorganisiert und den föderalen Strukturen, sowie deren Aufbau angeglichen werden. Das bedeutet, daß die Primärsteuern (Einkommensteuer incl. Körperschaftssteuer) nicht mehr von oben nach unten verteilt werden, sondern umgekehrt. Die Gemeinden sollten Erhebende und Weitergebende der Primärsteuern bzw. deren Anteile sein.

\* Der Verteilerschlüssel der Primärsteuern orientiert sich ebenfalls am Rahmen der Zuständigkeiten und der Aufgaben. Ein Verhältnis von 50:30:20 % für Gemeinde, Land und Bund als Richtwert für die dem Konnexitäts-Prinzips folgenden Aufgabenverteilung dürfte angemessen sein. Das bedeutet: Erhebung zu 100% durch die Gemeinden. Weitergabe von 30 % an die Länder und 20% an den Bund. Damit verbleiben bei den Gemeinden 50%.

\* Wichtig ist (oder es kann sich so auswirken), daß die Gemeinden nicht gezwungen werden können, den ihnen zustehenden Rahmen von 50% voll auszuschöpfen, sobald sie 30% und 20% an das Land bzw. den Bund abführen. Damit eröffnet sich für die Gemeinden in ihrer Steuerpolitik im wahrsten Sinne des Wortes eine Möglichkeit für Handlungsweisen, die in deren Interesse liegen. Eine gut wirtschaftende Gemeinde könnte z.B. festlegen, daß von den Bürgern nur noch 45% erhoben werden; also der Gemeindeanteil um real 50% unterschritten würde.

\* Damit wäre auch auf der Gemeindeebene der Spielraum für konkurrierendes Verhalten eröffnet; ebenso, wie dies auch für die Länder auf deren Steuerhoheit gefordert wird.

\* Insgesamt wird damit auch die unmittelbare Verantwortung der Bürger für das Gemeinwesen gestärkt. Sie werden erkennen, daß nicht alles Wünschbare im Interesse des Ganzen realisiert werden kann. Das Interesse an der finanziellen Lage der Gemeinden wird zunehmen, weil davon möglicherweise die volle Ausschöpfung der Gemeindeanteile an den Primärsteuern abhängt.

Stand: 17.01.04

**Bürgerinitiative**  
**Projekt Neue Wege e.V.**  
Postfach 1322  
86603 Donauwörth

Tel.: 0906 – 99 90 192  
Fax: 0906 – 99 90 193  
Mobil: 0172 – 76 60 317

**Internet:**  
[www.projektneuewege.de](http://www.projektneuewege.de)

**Mail:**  
[schuelke@projektneuewege.de](mailto:schuelke@projektneuewege.de)

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Donauwörth  
Kto 190053421–BLZ 72250160  
(Gemeinnützigkeit anerkannt)

**Vereinsregister:**  
Amtsgericht Nördlingen  
VR 1221